Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro

Nur Mitteilung gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

2. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 30. Juli	Nr. 997

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES LIBRARY

300 000 RM für die Unwetter-Geschädigten in Oberbayern.

Berlin, 29. Juli. Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß zur Linderung der durch das katastrophale Unwetter in Oberbayern entstandenen außerordentlich hohen Schäden seitens des Reiches ein Betrag von 300 000.— RM zur Verfügung gestellt wird.

Reichsminister Dr. Goebbels bei Berliner SA-Führern.

Berlin, 29. Juli. Reichsminister Dr. Goebbels sprach am Mittwoch abend, einem langgehegten Wunsche folgend, auf einem Kameradschaftsabend der Berliner SA-Führer eingehend über die politische Lage. Seine Ausführungen, für die ihm Obergruppenführer von Jagow den Dank der SA-Führer aussprach, wurden mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Neuorganisierung der deutschen Geschichtswissenschaft.

Berlin, 29. Juli. Reichsminister Rust hat zur Förderung der deutschen Geschichtsforschung und Geschichtslehre im nationalsozialistischen Sinne den seit 1928 bestehenden „Allgemeinen Deutschen Historikerausschuß" aufgelöst und ihn gleichzeitig in folgender neuen Zusammensetzung begründet:

Prof. Dr. Walter Frank-Berlin als Vertreter des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands,

Prof. Dr. Wilhelm Engel-Berlin als Vertreter des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta),

Prof. Dr. Karl Alexander von Müller-München als Vertreter der Münchener Historischen Kommission,

Prof. Dr. Willy Hoppe-Berlin als Vertreter des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine,

die Professoren Dr. Karl Brandi-Göttingen, Dr. Theodor Mayer-Freiburg und Dr. Walter Platzhoff-Frankfurt am Main als Vertreter des Verbandes deutscher Historiker,

Prof. Dr. Robert Holtzmann-Berlin als Vertreter des Deutschen Ausschusses der internationalen Historischen Vereinigung.

Prof. Dr. Philipp Funk-Freiburg i. Br. als Vertreter der Historischen Abteilung der „Görres-Gesellschaft".

Zum Geschäftsführer des „Allgemeinen Deutschen Historikerausschusses" ist Prof. Dr. Platzhoff ernannt worden.

Die Professoren Brandi, Mayer und Platzhoff sind mit der Reform des „Verbandes deutscher Historiker" beauftragt worden. Diese Maßnahmen des Reichserziehungsministers sind ein neuer Schritt auf dem Wege nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik. Gleichzeitig hat Reichsminister Rust Geheimrat Prof. Dr. Kehr als dem bisherigen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Historikerausschusses seinen besonderen Dank ausgesprochen.

Verkehrssünden werden in den Führerschein eingetragen.

Berlin, 29. Juli. Im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister hat der Reichsinnenminister eine Anordnung getroffen, die neben dem erwünschten Verwaltungszweck sicher auch die Erziehung zur Verkehrsdisziplin fördern wird. Er bestimmt nämlich, daß im Führerschein alle Polizeistrafen und gerichtlichen Bestrafungen wegen Verletzung der Verkehrsvorschriften vermerkt werden, soweit sie nach dem 31. Juli 1936 rechtskräftig verhängt worden sind. Gebührenpflichtige Verwarnungen sind nicht zu vermerken.

„Graf Zeppelin" auf seiner siebenten Südamerikafahrt.

Friedrichshafen, 30. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Donnerstag früh 1,10 Uhr unter Führung des Kommandanten von Schiller zu seiner 7. diesjährigen Südamerikafahrt nach Rio de Janeiro gestartet.

Unter den 20 Fahrgästen sind außer Deutschen acht Nationen vertreten: Holland, Frankreich, Ungarn, Brasilien, Argentinien, Chile, USA und ein spanischer Offizier.

Das Luftschiff hat 250 Kilo Post und 700 Kilo Fracht an Bord. Kapitän von Schiller wird direkten Kurs Absonelatmittelmeer nehmen.

Flüchtlingstransport aus Barcelona eingetroffen.

Berlin, 29. Juli. Die Auslandsorganisation der NSDAP teilt mit:

In Dresden ist ein Frauen- und Kindertransport von 200 Teilnehmern aus Barcelona eingetroffen. Der Transport ist durch eine Arbeitsgemeinschaft der NSV-Dienststellen in Barcelona und der Hitler-Jugend zustande gekommen. Er hat Barcelona bereits am 2. Juli verlassen. Damit die Angehörigen der Transportteilnehmer, die sich an anderen Orten befinden, nicht in Sorge sind, wird mitgeteilt, daß alle Teilnehmer versorgt und wohlbehalten sind. Die Frauen und Kinder sind meist bei Verwandten, einige in NSV-Pflegestellen untergebracht.

380 Deutsche aus Spanien in St. Jean de Luz.

Paris, 29. Juli. In St. Jean de Luz ist am Mittwoch nachmittag der deutsche Dampfer „Wessel" mit rund 380 Fahrgästen, fast alles deutschen Reichsangehörigen, aus Santander und Bilbao eingetroffen.

Die deutschen Geschäftshäuser in Bilbao unversehrt.

Berlin, 29. Juli. Die wie die Reichsstelle für Außenhandel mitteilt, sind nach bei ihr eingegangenen Berichten deutscher Firmen aus Bilbao deutsche Geschäftshäuser in Bilbao bislang nicht geplündert worden.

Stadt und Provinz Sevilla im Besitz der Nationalisten.

Paris, 30. Juli. Wie Havas aus Sevilla meldet, hat General Queipo de Llano im Rundfunk erklärt, daß seine Truppen die Provinz und die Stadt Sevilla bis zum Grenzorte Ayamonte an der spanisch-portugiesischen Grenze besetzt hätten. Seine Truppen hätten einen Lastkraftwagen mit 30 spanischen Milizsoldaten aufgebracht. Einer der Milizsoldaten sei freigelassen worden, damit er der Bevölkerung von dem Vorrücken der nationalistischen Truppen Nachricht gebe.

General Franco nach Marokko zurückgekehrt.

Lissabon, 30. Juli. Der Führer der Nationalisten, General Franco, ist am Mittwoch nach einer Besprechung mit General Queipo de Llano nach Tetuan zurückgeflogen.

Der Sender Tetuan meldet, daß vier Flugzeuge der auf Seiten der Madrider Linksregierung stehenden Truppen Granada bombardiert hätten. Jagdflugzeugen der Nationalisten sei es gelungen, drei Gegner abzuschießen, von denen einer über Granada, die beiden anderen über Molinillos bezw. Ponte dos Cristacs abgestürzt seien.

Weiter berichtet der Sender Tetuan, daß Truppen der Nationalisten sieben Kilometer von San Sebastian in Renteria ständen.

Die Lissaboner Zeitung Diario de Lisboa meldet aus Elvas an der portugiesischen Grenze, daß Badajoz nach wie vor unter kommunistischer Herrschaft leide und daß der Terror dort unerträglich sei.

Die galicischen Streitkräfte auf Seiten der Nationalisten.

Paris, 30. Juli. Der Gouverneur von Orense hat dem Befehlshaber der andalusischen Streitkräfte, General Queipo de Llano, telegraphisch gemeldet, daß er alle Garnisonen von Galicien auf seiner Seite habe. Ueberall herrsche Ruhe und in der ganzen Provinz seien die Telephon- und Telegraphenverbindungen wiederhergestellt. Alle Arbeiter arbeiteten. In Orense sei überhaupt nicht gestreikt worden. Die Stimmung bei den Truppen sei sehr befriedigend.

„Havas" meldet Niederlagen der Madrider Regierung.

Paris, 30. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Sevilla gab die dortige Funkstation in der Nacht bekannt, daß die Truppen der Madrider Linksregierung überall zurückgeworfen worden seien. Nördlich von Madrid hätten die Truppen des Generals Mola ein Regierungsflugzeug abgeschossen und bedrohten die für die Versorgung der Hauptstadt wichtigen Verbindungswege zwischen Valencia und Madrid. Auch der Besetzung von Huelva durch die nationalistischen Truppen seien 3000 Spanier wieder in die Provinz zurückgekehrt, die sie wegen der dort vorher herrschenden Anarchie verlassen hätten. Unter den Fliegern der nationalistischen Truppen hätten sich „Todesfreiwillige" gemeldet, die bereit seien, sich mit mit Sprengstoff beladenen Flugzeugen auf den Feind zu stürzen.

Alle Franzosen sollen Katalonien verlassen.

Perpignan, 30. Juli. Der französische Konsul in Barcelona, der zweimal täglich im Barceloner Sender zu den französischen Staatsangehörigen in Spanien spricht, hat seine Landsleute stritt angewiesen, Katalonien zu verlassen. Er hat ihnen weiter mitgeteilt, wo sie sich zum Abtransport zu versammeln haben. Ferner, wie die der Anordnung nicht Folge leisten, bleiben auf ihre eigene Gefahr in Spanien.

Diese Maßnahme wird hier als Anzeichen für neue Unruhen in Katalonien angesehen — diesmal von der extremen Linken her erwartet, deren Willkürherrschaft täglich drückender wird.

Paris bestätigt Teilnahme Italiens an Fünferkonferenz.

Paris, 29. Juli. Wie am Mittwoch nachmittag aus Pariser politischen Kreisen zur bevorstehenden Fünf-Mächte-Konferenz verlautet, wird aus gut unterrichteter Quelle bestätigt, daß der italienische Außenminister Ciano den französischen Botschafter in Rom davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die faschistische Regierung an der von der Dreierkonferenz in London in Aussicht genommenen Fünferkonferenz teilnehmen werde.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß die italienischen Forderungen erfüllt seien, denn Deutschland habe ebenfalls eine Einladung zu dieser Fünferkonferenz erhalten und Außenminister Eden habe am Montag nachmittag im Unterhaus erklärt, daß die britische Regierung die Mittelmeerabkommen als hinfällig betrachte.

Zufriedenheit über die französischen Grenzbefestigungen.

Paris, 29. Juli. Der Heeresausschuß der Kammer trat am Mittwoch in einen Meinungsaustausch über die seinergeitige Studienreise des Heeresausschusses zu den Nordostbefestigungen ein. Die Mitglieder des Ausschusses drückten einmütig ihre Genugtuung über die kürzlich erfolgten Maßnahmen zur Verstärkung der Grenzbefestigungen aus, die einen entscheidenden Beitrag für die Sicherheit Frankreichs bilden. Der Ausschuß erteilte seinen Vortragenden den Auftrag, dem Kriegsminister eine Reihe von Mitteilungen über die Einrichtungen der Befestigungswerke zu übermitteln.

Nach der Besichtigungsreise zu den Ostbefestigungen haben die sozialistischen Mitglieder des Heeresausschusses den ausgezeichneten Stand der französischen Grenzbefestigungen festgestellt und die Auffassung vertreten, daß die Gruppierung der aktiven Armee um die Befestigungswerke herum eine Verminderung der Dienstzeit ermöglichen würde. In diesem Sinne haben die sozialistischen Mitglieder des Heeresausschusses der Kammer im Verlaufe der Mittwoch-Sitzung auch ihre Ansicht geltend gemacht.

Jean Goy gegen die Bolschewisierung Frankreichs.

Paris, 30. Juli. Der Vorsitzende der Nationalvereinigung der ehemaligen Frontkämpfer (U. R. C.) Jean Goy, hat an die Direktoren sämtlicher Zeitungen ein Schreiben gerichtet, in dem er sich im Namen seines Verbandes gegen die Bolschewisierung Frankreichs wendet. Er schreibt:

„Wenn berufliche Forderungen nur dazu dienen, eine politische Bewegung zu decken, die auf die Sowjetisierung des Landes abzielt, ist es Sache der Regierung, der für die staatlichen Einrichtungen gefährlichen Agitation ein Ende zu bereiten. Wir hätten Sie, mit uns ein gemeinsames Vorgehen zur Sicherung der individuellen Freiheiten, der nationalen Unabhängigkeit, der Achtung des Privateigentums und der Verteidigung der demokratischen Einrichtungen ins Auge zu fassen. Der Versuch einer Bolschewisierung Frankreichs bringt das Land nicht nur in die Gefahr eines Bürgerkrieges, sondern eines allgemeinen Durcheinanders. Man muß sich darüber verständigen, der kommunistischen Diktatur den Weg zu verlegen."

Oberhaus-Aussprache über die Reform des Völkerbundes.

London, 29. Juli. Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über die Reform des Völkerbundes statt. **Lord Ponsonby** wollte von der Regierung wissen, ob sie bei der Vorbereitung der Völkerbundsreform nicht auch die Vorschläge ernstlich in Erwägung ziehen wolle, die auf eine Ausmerzung aller Bestimmungen der Völkerbundssatzung abzielten, die die Mitglieder des Völkerbundes zur Anwendung militärischer Gewalt verpflichten.

Lord Allen beantragte, daß durch den Völkerbund die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden, um Klagen abzustellen und das Verfahren bei der kollektiven Verteidigung der Völkerbundssatzung zu fürken.

Lord Mansfield brachte einen Antrag ein, wonach die Regierung die Beseitigung aller Bestimmungen aus dem Völkerbundspakt anstreben solle, die eine „Erzwingung" von Beschlüssen vorsähen.

Lord **Ponsonby** wies in der Aussprache auf die Gefahren militärischer Sanktionen hin und erklärte, daß die Anwendung von Gewalt durch den Völkerbund in seiner Weise verteidigt werden könne.

Lord Allen of Hurtwood wandte sich gegen eine Reform der Völkerbundssatzung. Die Völkerbundssatzung sei keineswegs unfehlbar, aber die Feindschaften der letzten Zeit gingen keineswegs auf die Satzungen zurück, sondern darauf, daß man die Satzungen nicht zu rechten Zeit angewandt habe. Er verlangte sodann, daß durch den Völkerbund eine Stelle für die Lösung der Fragen der überschüssigen Bevölkerung, der Kolonien und der Mandatsgebiete geschaffen werde.

Lord Crewe forderte, daß eine Nichtlinie für die Führung der auswärtigen Staatsgeschäfte geschaffen werde und zwar nach dem Muster der Monroe-Doktrin.

Lord Strabolai wies darauf hin, daß die kollektive Zusammenarbeit der Mächte keineswegs immer gescheitert sei. Er verlangte, daß die Regierung eine entwandrige Erklärung über die Frage der Völkerbundsreform abgebe. Die Arbeiterpartei wünsche, daß ein System der kollektiven Sicherheit neu geschaffen werde.

Lord Cecil verlangte, daß ein neuer Versuch mit der Abrüstung unternommen werden müsse. Die Völkerbundssatzung müsse in Zukunft energischer angewandt werden.

Auch **Lord Rennell** erklärte, daß nicht die Völkerbundssatzung, sondern ihre Anwendung fehlerhaft gewesen sei. Er erklärte dann ebenfalls, daß er die Beseitigung des Zwanges, auf Grund der Völkerbundsmaßnahmen militärische Maßnahmen zu ergreifen, wünsche. Er glaube, daß ein wirtschaftlicher Boykott anstelle dieser Bestimmungen ausreichend und wirksam sei.

Lord Lothian beglückwünschte die Regierung zu der kommenden Konferenz der Locarnomächte. Er hoffe, daß Halifax und Eden sich nicht von Bak, sondern vom guten Willen leiten lassen würden. Der Völkerbund sei bislang viel zu sehr ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Diskriminierung des Versailler Vertrages gegen Deutschland gewesen. Er hoffe, daß innerhalb nicht allzu langer Zeit der Versailler Vertrag aus der Völkerbundssatzung herausgenommen werde. Man müsse sich im übrigen von der automatischen und unbedingten Verpflichtung befreien, gemäß Artikel 16 zum Kriege zu schreiten.

Lord Ranksillour sprach Eden seine Anerkennung dafür aus, daß er die englisch-italienischen Beziehungen wieder bereinigt habe.

Lord Davies verlangte, daß sich die Regierung auf die Seite eines „gereinigten" Völkerbundes stelle.

Lord Halifax erklärte hierauf, die Regierung sei der Ansicht, daß feinerlei Uebereinstimmung, sei es in England oder in Genf, über die Frage herbeigeführt werden könne, ob der Völkerbund künftig auf dem System des automatischen oder allgemeinen Zwanges oder auf einer Verminderung der Macht der Völkerbundssatzung aufgebaut werden solle. Man müsse im übrigen auch die Ansicht der Dominien berücksichtigen. Es sei die Pflicht Englands, in den kommenden Besprechungen seinen gesamten Einfluß zu benutzen, um die verschiedenen Ansichten zu versöhnen. Man müsse Uebereinstimmung darüber herbeiführen, daß es einen kollektiven Wan geben müsse, des weiteres, daß innerhalb jedes kollektiven Systems der Hauptzweck darin bestehen müsse, den Krieg zu verhindern und den Angreifer abzuschrecken. Er sei der Ansicht, daß starke Mächte auf der Seite des Friedens ständen. In jedem europäischen Lande ständen die Massen der Bevölkerung und nicht zuletzt diejenigen, die in den letzten Kriege gekämpft hätten, für den Frieden ein. Es müßten wirksamere Mittel geschaffen werden als sie gegenwärtig zur Verfügung ständen, und zwar solche, durch die es möglich sein würde, die voraussichtlichen Ursachen eines Krieges zur Beratung zu stellen und den Trust der Weltmeinung einzusetzen, die deren Abstellung wünsche. Nichts berge in sich den Keim in sich als eine internationale Organisation, die den Versuch darstelle, die Angelegenheiten der Welt in einer starren Form einzulagern. Das gelte für kein Gebiet mehr als für das wirtschaftliche. Ganz besonders auch gelte das für die wirtschaftlichen Verschiedenheiten, die sich im Lebensstandard der einzelnen Völker auftarten. Alle Welt müsse erkennen, wie lebenswichtig diese Kräfte seien und welche unvermeidlichen Einflüsse diese Kräfte schließlich auf die Frage der Sicherung und Aufrechterhaltung des Friedens hätten.

Kein Auslandsurlaub der britischen Minister.

London, 29. Juli. Wie nunmehr bekannt wird, werden sämtliche Minister des britischen Kabinetts ihre Ferien in England verbringen und sich nicht ins Ausland begeben. Nur der Arbeitsminister Brown und der Minister für Schottland werden voraussichtlich eine kurze Seereise an der Küste Schottlands unternehmen.

Eine stolze Erinnerung an Lindberghs Vater.

Washington, 29. Juli. Die beim amerikanischen Nationalheldon Oberst Lindbergh in Deutschland gewährte Gastfreundschaft und die großzügige Bereitwilligkeit, ihm die Entwicklung des deutschen Flugwesens zu zeigen, sind nach wie vor Gegenstand ausführlicher Berichte, die von den Zeitungen auf der ersten Seite abgedruckt werden.

Im Zusammenhang mit der Rede Lindberghs über das Verantwortlichkeitsgefühl der Pioniere des Flugwesens weist der „Washington-Star" daraufhin, daß Lindberghs Vater einer der modernen Abgeordneten war, die trotz erdrückender Propaganda und Verleumdungen als Landesverräter mutig gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland agitierten und stimmten. Lindberghs Vater kostete das seine politische Laufbahn.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.